

Die Deutsche Frage – Von 1848 bis 1871

Wolfgang Heinrichs, Antonia Schnauber, Peter Lindhorst

1	Fachwissenschaftliche Hinweise	1
1.1	Von der Paulskirche nach Versailles	1
1.2	Die Rolle von Preußen und Bismarck	2
1.3	Die Einheit und der Krieg	4
2	Methodisch-didaktische Hinweise	4
3	Literatur und Medien	6
4	Materialien und Arbeitsaufträge	8
4.1	Großdeutsch oder kleindeutsch?	8
4.2	Der Weg zur Reichsgründung 1862–1871	18
4.3	Der Einfluss Preußens	32
4.4	Die Einheit und der Krieg	42
4.5	Klausurvorschlag	51
5	Erwartungshorizonte	53

Ob die eigentümliche Entwicklung Deutschlands als eine „verspätete Nation“ (Helmut Plessner) bzw. als „Sonderweg“ im Vergleich mit den aus dem Liberalismus geborenen Weststaaten speziell den USA, Großbritannien und Frankreich, die beiden Weltkriege hervorbrachte, ist heute in der Forschung umstritten.

1.3 Die Einheit und der Krieg

Der Weg zur Reichsgründung am 18. Januar 1871 über drei „Einigungskriege“ ist äußerst umstritten. Speziell durch den dritten Krieg mit Frankreich schuf sich das Kaiserreich einen „Erbfeind“. Inwieweit dieser Krieg ein nachhaltiges Einheitsbewusstsein der Deutschen, aber auch ein ebenso nachhaltiges Hindernis für die europäische Einheit war, zeigt ein Blick auf die Erinnerungskultur, die auch in Bildern und Fotos festgehalten wurde. Der jährlich am 2. September in Deutschland gefeierte „Sedantag“, der an die Kapitulation der französischen Armee nach der Schlacht von Sedan erinnerte (noch heute finden sich Straßen danach benannt), wurde von den Deutschen als identitätsstiftender Nationalfeiertag begangen, während in Frankreich der Ruf nach einer Revanche wach blieb. Auf der Suche nach einer europäischen Einheit markiert dieser „Bruderkrieg“ (Pölking/Sackarnd) einen Riss, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Politik der Westintegration überwunden wurde.

2 Methodisch-didaktische Hinweise

Die in den Materialien **M 1** und **M 2** angesprochene Verfassungsfrage wird in zwei Teilen behandelt. Dabei geht es zuerst um die unterschiedlichen Staatsformen, die hinsichtlich der Gründung des deutschen Einheitsstaates diskutiert wurden. Auf welchen Organisations- und Legitimationsprinzipien der deutsche Nationalstaat aufbauen sollte, wurde recht unterschiedlich gesehen. Die Schüler entdecken, welche Elemente sich bis heute in Deutschland behaupten, und welche im Laufe der Geschichte in den Hintergrund getreten sind. Aktuell kontroverse Debatten, wie die Frage nach den Kompetenzen der deutschen Bundesländer, die abwertend als „Flickenteppich“, anerkennend als „einheitsstiftende Ergänzung“ bewertet werden, oder die Frage nach einer „deutschen Leitkultur“ können didaktisch motivierend das Erkenntnisinteresse der Schüler genauso anleiten wie die Frage nach der Form der Demokratie in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Staatsverfassungen.

Der zweite Teil, der nach der territorialen Ausdehnung Deutschlands fragt, zeigt, dass sich die Deutsche Frage im Spannungsverhältnis zwischen der Anknüpfung an das nach dem Westfälischen Frieden geschaffene „Alte Reich“ bzw. dem nach dem Wiener Kongress neu entstandenen Deutschen Bund und der Forderung nach einem modernen Na-

Stenographischer Bericht IV, 2784 vom 20. Oktober 1848, in: Rapp, Adolf (Hrsg.): Großdeutsch – kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914, Drei Masken Verlag, München 1922, S. 63 f. (Die Rechtschreibung wurde angepasst.)

Anmerkung

¹ Heinrich Reitter (1816–1906): österreichischer Abgeordneter für den Landkreis Böhmen

M 2f Ein neuer Beschluss muss her – Georg von Vincke¹

„Ich bezweifle, dass die Personalunion irgendeine engere Verbindung zwischen den Österreich angehörigen Völkern zur Folge haben wird. Wir würden ... den deutschen Einfluss im Osten verlieren; die großen und wichtigen Interessen, welche Deutschland in den Donauländern alle zu vertreten hat, würden preisgegeben sein; unsere kommerziellen Verbindungen würden wir dahinschwinden sehen und mit ihnen die große Zukunft, die unserer Flotte im mittelländischen Meer bevorsteht.“

Weiter: [W]enn nach Spaltung der österreichischen Monarchie die deutschösterreichischen Länder nur ein Bestandteil von Deutschland sind, werden die Slawen „auf das Äußerste sich bestreben, auszuscheiden und sich an Russland anzuschließen, während sie, wenn sie bei Österreich bleiben und einen Bestandteil des großen österreichischen Staates bilden, nicht entfernt daran denken können.“ Für Deutschland haben die Nichtdeutschen „keine Sympathie; sie haben bis jetzt bloß für Österreich Interesse; sollen sie aber dereinst für ganz Deutschland Interesse gewinnen, so kann dies nur durch die Vermittlung von Österreich angebahnt werden.“

Das einfachste Mittel, den Nationalitäten ihr Recht widerfahren zu lassen, besteht darin, dass man ihre Gleichberechtigung ausspricht, jeder für ihre inneren Angelegenheiten einen Mittelpunkt gibt und darüber wieder einen Zentralpunkt für ganz Österreich begründet.

Unsere Verbindung mit einem solchen Österreich sollte aber keine bloß völkerrechtliche, sondern eine staatsrechtliche² sein, „einen integrierenden Bestandteil unserer Bundesverfassung wie der Verfassung des österreichischen Bundesstaats bilden.“ Es würde sich dabei „um eine engere Einigung in kommerzieller und politischer Beziehung handeln.“

Stenographischer Bericht IV, 2858 f. vom 24. Oktober 1848, in: Rapp, Adolf (Hrsg.): Großdeutsch – kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914, Drei Masken Verlag, München 1922, S. 73 f. (Die Rechtschreibung wurde angepasst.)

Anmerkungen

- ¹ Georg von Vincke (1811–1875): westfälischer Rittergutsbesitzer und Verwaltungsjurist, der als Verbindungsmann zwischen der Frankfurter Nationalversammlung und dem preußischen Parlament galt.
- ² Das **Staatsrecht** bezieht sich auf das Verhältnis des Staates zwischen den Bürgern und den Staatsorganen, ist also auf innerstaatliche Rechtsbeziehungen ausgerichtet. Das **Völkerrecht** regelt das Verhältnis von selbstständigen Völkern, die in voneinander unterschiedenen Staaten leben. Staatsrecht ist nationales, Völkerrecht internationales Recht.

Eine Zentralgewalt als Lösung – Heinrich von Gagern¹**M 2g**

„Die Frage steht also so: Ist es mehr im Interesse Deutschlands, dass das gesamte Deutschland sich nur so gestalte, eine so laxe Einheit eingehe, dass Österreich“ ohne Selbstauflösung „unter gleichen Verhältnissen wie die übrigen deutschen Staaten dem Reich angehören kann? Oder ist es nicht im Gesamtinteresse der Nation, sowohl Österreichs als des übrigen Deutschlands, dass wenigstens das übrige Deutschland sich fester aneinanderschließe ... , dabei aber nichtsdestoweniger ein enges Bundesverhältnis zwischen Österreich und dem übrigen Deutschland aufrechterhalten werde? Die Begriffe von Bundesstaat für das eine, Staatenbund für das andere, sind unbestimmte; es können auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Übergänge bilden.“

[...] Eine deutsche Reichsgewalt könnte die Zusammenhänge im Osten nicht festhalten, die durch die österreichische Regierung gesichert sind. „Man hat gesagt ... , Deutschland müsse eine Nationalpolitik befolgen, darum sich von der österreichischen, von Österreich selbst lossagen, wenn dieses mit seinen deutschen Provinzen sich nicht von den nichtdeutschen trennen wolle. Ich frage dagegen: Welche Nationalpolitik kann Deutschland haben, wenn es nicht in die Mission Österreichs eintritt, die Verbreitung deutscher Kultur, Sprache und Sitten längs der Donau bis an das Schwarze Meer in die durch so verschiedene Völkerschaften dünn bewohnten und doch so hoffnungsreichen Länder hinein, deren ganze Zivilisation sich an die deutsche anzulehnen schon gewohnt ist, die sich nach deutsch-österreichischem Schutz und vermehrtem Einfluss sehnen und deutscher Betriebsamkeit einen reichen Markt öffnen würden? Und welche Aussicht bietet sich dazu nicht dar, wenn hinter der österreichischen Gesamtmacht, welche zunächst berufen ist, den mächtigen Impuls zu geben, das übrige geeignete Deutschland steht ...!

Die Auswanderer, die jetzt nach Westen gehen, sie werden dorthin sich wenden,“ zu „befreundeten, seit Jahrhunderten mit deutscher Sitte und Sprache vertrauten Volksstämmen.“ Nehmen wir diese Mission nicht an, so werden die Russen uns den Rang bald abgelaufen haben[.]

30 Daher Antrag: „Österreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöselichen [Deutschen] Bunde. Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältnis, welche die veränderten Umstände nötig machen, werden Inhalt einer besonderen Bundesakte.“

35 [...] „Ich bin der Meinung, dass an die Spitze des Bundesstaats ein einheitliches Oberhaupt gehört, was schon den Begriff einer Hegemonie Preußens ausschließt. Für die Gesamtleitung Deutschlands aber, Österreich einbegriffen, wird eine weitere Einrichtung geschaffen werden müssen, und es würde dies allerdings eine sehr wichtige und schwierige Frage sein, die ihre Lösung von der Zukunft erwartet. Wir würden einen Organismus schaffen müssen, wonach eine zentrale
40 Leitung der gemeinsamen Interessen des ganzen Deutschlands unter Mitwirkung seiner vereinigten Vertreter statt hätte ...“

Stenographischer Bericht IV, 2897 ff. vom 26. Oktober 1848, in: Rapp, Adolf (Hrsg.): Großdeutsch – kleindeutsch. Stimmen aus der Zeit von 1815 bis 1914, Drei Masken Verlag, München 1922, S. 85 ff. (Die Rechtschreibung wurde angepasst.)

Anmerkung

¹ Heinrich von Gagern (1799–1880): Politiker, der als hessischer Ministerpräsident und (seit dem 19. Mai 1848) als Präsident der Frankfurter Nationalversammlung eine Führungsstellung im deutschen Liberalismus einnahm.

M 2h König Friedrich Wilhelm IV. an Erzherzog Johann¹

„Mein ganzes, ehrliches Streben geht, wie Sie wissen, auf die Konsolidierung der Einheit Deutschlands – aber ganz Deutschlands. Ohne Österreich, Tirol, Vorarlberg, Steier, Kärnten, Krain und Littoral [österreichisches Küstenland, Hzm. Krain mit Triest als Hauptstadt], ohne Böhmen und Mähren ist Deutschland nicht Deutschland. In der Paulskirche wird eine Fraktion gefährlich, die, um Preußen an die Spitze Deutschlands zu bringen, keine Iniquität² scheut – in der Absicht, das mächtige Österreich aus dem zukünftigen ‚Reich‘ hinauszumaßregeln³. Um Gottes willen, teuerster Erzherzog, halten Sie fest und leiden Sie das⁴ nicht! [...]

Die Schuld jener Wendung lag freilich weniger an Bismarck, dessen unermeßliche Verdienste über aller Kritik stehen, als an der Schlawheit und Trägheit des deutschen Bürgertums, das völlig zufrieden war, wenn es ihm nur wirtschaftlich gut ging. Man erklärte sich als „reichstreu“, was im Grunde selbstverständlich war, man bezahlte einen bescheidenen Beitrag für die Parteikasse, man besuchte gelegentlich eine Versammlung und ließ das deutsche Leben mit allen seinen inneren Problemen ruhig stehen, wie es stand. Ich habe in jenen Zeiten wohl an das bekannte Wort Gladstones² gedacht, Bismarck habe Deutschland größer, die Deutschen aber kleiner gemacht.

Eucken, Rudolf: Lebenserinnerungen. Ein Stück deutschen Lebens, Verlag von K. F. Koehler, Leipzig 1922, S. 36 f. (Alte Rechtschreibung wurde beibehalten.)

Anmerkungen

¹ Rudolf Eucken (1846–1926): deutscher Philosoph

² William Ewart Gladstone (1809–1898): hochrangiger britischer Politiker und ehemaliger Premierminister

Umkehr der Machtverhältnisse – Deutsch-Französischer Krieg

M 3i

Christoph Heinemann: Wer hatte ein Interesse an diesem Krieg?

Andreas Wirsching: Der Krieg 1870/71 fand auch deswegen statt, weil beide Seiten ein Interesse an dem Krieg hatten. Ich rede dabei jetzt nicht unbedingt von den Völkern, aber von den Regierungen. Für Preußen und mit Bismarck an der Spitze war es schon relativ klar, dass man diese deutsche Einheit, die ja viele wollten, durch einen Krieg möglicherweise gegen Frankreich gewissermaßen mit Blut und Eisen, wie Bismarck ja schon in einem berühmten Satz gesagt hatte, hinkriegen könnte, und für Frankreich, insbesondere für das napoleonische System, war der Krieg eine Prestige-Frage.

[...] Seitdem [der Niederlage Österreichs] hatte sich die Macht ziemlich verschoben zwischen Preußen und Österreich. Preußen war mit dem Norddeutschen Bund zu einem wirklich ernst zu nehmenden Konkurrenten geworden und das wollte man eine Strecke weit rückgängig machen in Frankreich.

Abgesehen davon ist das napoleonische System unter Napoleon III. auch in der innenpolitischen Krise, und es ist häufig in solchen Situationen so, dass man außenpolitischen Erfolg suchte. Deswegen hat Napoleon III. ziemlich gezielt dann auch den Krieg gewollt und insofern sind da zwei Interessen aufeinandergeprallt. [...]

Heinemann: War die Emser-Depesche das, was man heute eine Fake News nennen würde?

20 **Wirsching:** Nein, das würde ich nicht sagen. Das war nicht Fake News. Es war ja keine Falschmeldung in dem Sinne. Es war eine, von Bismarck mit dem Willen zum Krieg versehene Kürzung eines Telegramms, was er von dem Umfeld von Wilhelm I., dem preußischen König, bekommen hat. Und was er gemacht hat war, dass er durch reine Weglassung von Text eine massive Beleidigung konstruiert hatte – eine Beleidigung, die Wilhelm I. gegenüber den Gesandten des napoleonischen Frankreichs ausdrücken sollte. Es geht ja darum: Die Franzosen – das war, wenn man so will, ein Fehler – wollten eine dauerhafte Bestätigung schriftlich haben, dass das Haus Hohenzollern niemals mehr einen spanischen Thronkandidaten aufstellen würde. Das hat dann Wilhelm I. abgelehnt und dann wollten sie das noch schriftlich haben, und dann hat Wilhelm I. gesagt, nein, das macht er nicht. Und diesen Text, den hat Bismarck so, man kann sagen, geschickt in seinem Sinne gekürzt, dass daraus quasi ein Affront gegenüber Frankreich wurde, und das war dann letztlich der Anlass auch zum Krieg. Aber Fake News würde ich nicht sagen. Es ist eine Bearbeitung einer internen Meldung.

35 **Heinemann:** Zuspitzung.

Wirsching: Eine Zuspitzung durch Weglassung, die dann entsprechend gewirkt hat. [...]

Heinemann: Warum wurde der deutsche Kaiser in Versailles gekrönt?

Wirsching: Das hat im Wesentlichen zwei Gründe. Der erste ist pragmatisch, weil die deutschen Truppen und vor allem das Hauptquartier, auch das politische Hauptquartier mit Bismarck vorneweg, in Versailles platzgenommen haben. Man ist nach Paris gezogen und die Deutschen haben sich in Versailles niedergelassen. Das war relativ praktisch, weil das ja bekanntlich nahe an Paris ist und auch die Räumlichkeiten und so weiter geboten hat. Das ist eigentlich eher pragmatisch.

45 Und es war auch so, dass Bismarck in Versailles saß. Er hatte ja immer Angst vor einer Intervention der europäischen Mächte und wollte eigentlich, dass dieser Krieg schnell zu Ende geht, dass diese Intervention nicht stattfinden könnte. Insofern war das ein pragmatischer Grund, weil die Deutschen nun schon mal in Versailles waren, aber das Ganze hat eine so hohe Symbolik bis hin, dass es im Spiegelsaal stattfand, dem großen Schaufenster Ludwigs XIV. und der

50

französischen Monarchie, dass das auch eine Demütigung ist. Es ist eindeutig auch als Demütigung Frankreichs, als Machtdemonstration gegenüber Frankreich gedacht gewesen, und das beides zusammen gibt diesem 18. Januar 1871 natürlich eine sehr hohe Symbolkraft.

55 **Überlegenheit Deutschlands**

Heinemann: Welche Folgen hatte die Gründung des Deutschen Reiches für die Machtverhältnisse und den Frieden in Europa?

Wirsching: Ich glaube, man kann die These schon sehr gut wagen, dass dieser Krieg die Machtverhältnisse umkehrt. Bis dahin war, wenn man mal von Russland mit allen seinen Eigentümlichkeiten und Großbritannien mit seiner Insellage absieht, Frankreich ganz selbstverständlich die stärkste Militärmacht auf dem Kontinent und damit im Grunde eine potenzielle nicht Hegemonialmacht, aber eine Macht, die schon eine Strecke weit sagen konnte, wo es in Europa langgehen sollte. Zumindest war das immer das Ziel.

65 Das ist mit dem Krieg von 1870/71 zu Ende. Das kleindeutsche Reich ist demographisch, dann auch wirtschaftlich – das zeigt sich sehr schnell – und am Ende auch militärisch deutlich stärker als Frankreich, und im Grunde, wenn man so will, bleibt das eine Strecke weit bis in den Zweiten Weltkrieg hinein so. Natürlich gibt es den Ersten Weltkrieg und den Versailler Frieden, der natürlich wiederum nicht zufällig Versailler Frieden ist, wo die Großmacht Deutsches Reich zwar entwaffnet wird, aber in der Substanz bleibt eine Großmachtstruktur auch nach dem Versailler Frieden in der Weimarer Republik bestehen. Und in dem Maße, in dem sich Deutschland dann erholt, vor allem in den 30er-Jahren, wird diese Überlegenheit, diese strukturelle Überlegenheit Deutschlands gegenüber Frankreich wieder spürbar, und das gehört zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges und der Niederlage Frankreichs von 1940.

Andreas Wirsching im Gespräch mit Christoph Heinemann: Deutsch-Französischer Krieg vor 150 Jahren. „Dieser Krieg hat die Machtverhältnisse umgekehrt“, Deutschlandfunk am 25.06.2020; https://www.deutschlandfunk.de/deutsch-franzoesischer-krieg-vor-150-jahren-dieser-krieg.694.de.html?dram:article_id=479289 (zuletzt abgerufen am 02.11.2021).

Auch das 1867 im Norddeutschen Bund und 1871 im Deutschen Reich eingeführte allgemeine Wahlrecht für Männer galt als das fortschrittlichste seiner Zeit. Vielleicht erklärt es am anschaulichsten die Ambivalenz der politischen Entwicklung des Kaiserreichs.

Für Bismarck hatte das Wahlrecht vor allen Dingen eigennützigem Zwecken zu dienen. Er hatte sich erhofft, die Stimmen der konservativen männlichen Landbevölkerung zu gewinnen. Eine Demokratie, bei der die gewählten Volksvertreter das Regierungshandeln bestimmen, wollte er keineswegs. [...]

Nun ist es vielleicht eine List der Geschichte, dass sich Bismarcks Intention nur zum Teil erfüllt hat.

Das Wahlrecht trug damals wesentlich zur Politisierung der Gesellschaft bei, zur Stärkung der Opposition, zur Herausbildung des Parteiensystems und auch zur parlamentarischen Entwicklung Deutschlands. [...]

Aber [...] Parlamentarier gewannen Größe vor allem in Opposition zur Regierung, denn die Übernahme von Regierungsverantwortung war ihnen verwehrt. In Bismarcks Welt kontrollierte die Regierung das Parlament und nicht das Parlament die Regierung.

Trotz Wahlrecht und Reichstag – es gab keinen demokratischen Prozess, der die gesellschaftlichen Konflikte auflösen und auf diese Weise die Nation zusammenhalten konnte. Die innere Einheit des Reiches musste stattdessen durch die Abwehr äußerer und die Ausgrenzung vorgegeblicher innerer Feinde garantiert werden. Das geschah je nach den Zeitumständen zum Nachteil vor allem des polnischen und katholischen Anteils der Bevölkerung, aber auch der sozialdemokratischen Opposition – und schließlich der formal gleichberechtigten jüdischen Bevölkerung, die gleichwohl einem zunehmenden Antisemitismus ausgesetzt war.

Welche Schlüsse man aus dieser Entwicklung ziehen kann und will, das ist eine durchaus aktuelle Frage: Eine Nation basiert nicht auf ethnischer und religiöser Homogenität, und Patriotismus ist kein Privileg des rechten Flügels. Ein allgemeines Wahlrecht allein macht noch keine Demokratie. Findet die Demokratisierung der Gesellschaft, das Entstehen von Zivilgesellschaft, die Ausübung von Meinungsfreiheit, der Anspruch auf Mitbestimmung, findet all das keine

Entsprechung in den Möglichkeiten des Parlaments mitzuwirken, bleibt also das Parlament dauerhaft von der Regierung ausgeschlossen, kann die bloße turnusmäßige Ausübung des Wahlrechts ein autoritäres Regime auch stützen. Eine solchermaßen gelenkte Demokratie aber wird auf Dauer keine Gesellschaft wirklich stabil zusammenhalten können.

Auf die Frage, warum das Deutsche Reich – seinen Fortschritten und Anleihen an die Moderne zum Trotz – keine dauerhaft erfolgreiche Gründung war, gibt es natürlich weit mehr als eine Antwort, und wir werden in dieser Gesprächsrunde heute sicherlich einige sehr unterschiedliche hören. Eine aber ist nahezu unumstritten: der verklärte Gründungsmythos „Krieg“, vor allem aber die spezifisch preußische Ausprägung des Militarismus.

Widerstände gegen eine von Preußen in drei Kriegen erkämpfte, auf französischem Boden proklamierte und mit der Feindschaft Frankreichs bezahlte Reichseinigung gab es von Beginn an. Die Proklamation Wilhelms I. zum deutschen Kaiser löste selbst in dessen eigener Familie Unbehagen aus. Der Kronprinz fürchtete die Folgen der Bismarck'schen Blut-und-Eisen-Politik, die – so sagte er – das Reich „groß und mächtig“ gemacht, es aber auch seiner Freunde, der Sympathien der Welt und seines „guten Gewissens“ beraubt habe.

Folgt man Heinrich August Winklers Analyse, dann ragte mit der sozialen Bedeutung des Militärs und seines Offizierskorps, besonders aber mit der alleinigen Kommandogewalt des preußischen Königs ein Stück Absolutismus in die Gegenwart des Kaiserreichs. Die schwerste Hypothek für die Republik, die auf das Kaiserreich folgte, aber war wohl tatsächlich, dass das Parlament erst in die Verantwortung gerufen wurde, als die alte Elite am Ende war. Und damit sollte dann auch die Verantwortung für die militärische Niederlage des deutschen Kaiserreichs im Ersten Weltkrieg den demokratischen Kräften in die Schuhe geschoben werden. Was später als „Dolchstoßlegende“ zur Mobilisierung der rechtsextremen Republikfeinde diente, war von vornherein eine schwere Bürde der Weimarer Republik und damit der Demokratie.

Diese Hypothek, das war eben vor allem die Verachtung von Pluralismus und Demokratie durch den Kaiserstaat und seine Eliten, war etwas, das nicht nur in der Weimarer Republik, sondern fortdauernd gewirkt hatte. „Die deutsche Antwort auf Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die Quintessenz der westlichen